

Frau Bundespräsidentin  
Simonetta Sommaruga  
Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr,  
Energie und Kommunikation (UVEK)  
Bundeshaus Nord  
3003 Bern

Zürich, 23. April 2020

## **Offener Brief: SRV fordert Unterstützungsmassnahmen für die Reisebranche**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte

Als wirtschaftlich meistbetroffene Branche dieser Corona Krise bitten wir Sie dringend um ein Gespräch, um gemeinsam die notwendigen Massnahmen einzuleiten und um ein zusätzliches Hilfspaket für die Reisebürobranche und deren Kunden zu schnüren.

Weshalb Meistbetroffen?

Unsere Branche ist gemäss Pauschalreiserecht gezwungen, alle stornierten Reisen, die im März und bis und mit (vorläufig) 17. Mai 2020 stattgefunden hätten, an die Kunden in bar zurück zu erstatten. Dies, obwohl die Reisen nicht aus freien Stücken, sondern auf Grund von behördlichen Anordnungen storniert werden mussten. Genau hier liegt der Sonderfall Reisebüro. Die grösste Problematik ist der Entzug unserer Liquidität. Alle Airlines (insbesondere die Lufthansagruppe mit der Swiss und Edelweiss) und weitere einzelne Leistungsträger (wie Hotels oder Destination Management Companies im Ausland) verweigern strikte eine Rückzahlung der bereits bezahlten Leistungen oder verzögern diese um mehrere Monate.

Viele Buchungen für das Jahr 2020 wurden bereits im Vorjahr und zu Beginn dieses Jahres getätigt. Seit März müssen Reisebüros nun etappenweise die Abreisen stornieren oder die Kunden umbuchen, was ihnen einen riesigen zusätzlichen und entschädigungsfreien Arbeitsaufwand generiert. Zeitgleich waren sie Tag und Nacht mit Rückholaktionen in enger Zusammenarbeit mit dem EDA beschäftigt, um die Gäste sicher und rechtzeitig nach Hause zu holen, ohne dafür entschädigt zu werden.

Um der aktuellen Problematik entgegenzuwirken, hatten wir uns unter der Leitung des Staatssekretariat für Wirtschaft und in Zusammenarbeit mit dem Justizdepartement sowie dem Konsumentenschutz darauf geeinigt, einen Rechtsstillstand bis 30. September 2020 zu beantragen. Das hätte uns die notwendige Zeit verschafft, um an einem dringend notwendigen Hilfspaket weiter zu arbeiten. Am 16. April 2020 hat der Gesamtbundesrat den geforderten Rechtsstillstand nicht bewilligt und in letzter Minute

gestoppt – nachdem die Pressemitteilung seitens des Bundes bereits verfasst war. Mit diesem nicht nachvollziehbaren Entscheid überlässt der Bundesrat die KMU einer ganzen Branche mit rund 8000 Arbeitsplätzen und 6 Mia Umsatz ihrem Schicksal und akzeptiert zahlreiche Konkurse.


Kurz zusammengefasst:

- Die Reisebüros sind in der **Vergangenheit** in Vorleistung gegangen, in dem sie die Kunden beraten, gebucht sowie Vorauszahlungen geleistet haben.
- In der **Gegenwart** sind sie verpflichtet, Gelder zurückzubezahlen, die sie selber nicht zurück erhalten haben.
- Eine **Zukunftsperspektive** haben die Reisebüro aktuell im Gegensatz zu allen anderen Branchen keine – da nicht bekannt ist, wann und ob in der nächsten Zeit die Reiserestriktionen wieder aufgehoben werden und zu welchem Zeitpunkt wieder Umsatz generiert werden kann.

Diese Fakten sollten genügen, um mit einem zusätzliches Hilfs- oder Rettungspaket (ein Vorschlag liegt beim SECO) und/oder einer zwischenzeitlichen Ausserkraftsetzung von Teilen des Pauschalreiserechtes zuzustimmen. Die Reisebranche braucht jetzt zeitnah die Hilfe des Bundes, weil sie die Kundengelder, die sie nicht mehr hat, zurückzahlen will aber nicht kann. Und zwar aus dem Grund, dass sie diese selbst nicht mehr zurückbekommt – nicht weil sie einen Sonderstatus sucht.

Wir bitten den Gesamtbundesrat, im Namen unserer Branchenmitgliedern, das politische Ausmass jetzt zu erkennen und erwarten einen Terminvorschlag um diese Probleme umgehend anzugehen.

Freundliche Grüsse



Max E. Katz  
Präsident



André Lüthi  
Vorstandsmitglied/Leiter Politik  
und CEO Globetrotter Group



Walter Kunz  
Geschäftsführer

Kopie an den Gesamtbundesrat